



Der Stadtverordnetenvorsteher
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3738
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiterin: Frau Koba

1. Den Damen und Herren
der Stadtverordnetenversammlung
2. Dem Magistrat

Wiesbaden, 10.07.2015

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
der Stadtverordnetenversammlung
am Donnerstag, 16. Juli 2015, um 16:00 Uhr,
Rathaus, Stadtverordnetensitzungssaal (1. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift vom 13.05.2015

2. Mitteilungen

3. 15-S-00-0001

Fragestunde

4. 15-F-33-0061

Sicherheit und Stabilität der städtischen IT-Infrastruktur
- Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 25.06.2015 -

In den vergangenen Wochen gelangen fast täglich Meldungen über digitale Angriffe auf Computersysteme der öffentlichen Hand an die Öffentlichkeit. So wurde unter anderem das Netzwerk des Bundestages angegriffen. Das genaue Ausmaß des Angriffs und der verursachte Schaden sind dabei immer noch unklar. Erst vor einigen Wochen wurden außerdem die Computersysteme der KFZ-Zulassungsstellen in Hessen und Rheinland-Pfalz angegriffen. Der Verwaltungsablauf kam dabei zwischenzeitlich zum Erliegen. Die Zulassungsstelle in Wiesbaden konnte den Betrieb glücklicherweise aufrechterhalten.

Da auch in der Wiesbadener Stadtverwaltung immer mehr Bereiche durch zunehmenden Softwareeinsatz - unter anderem über das stadtweit größte Organisations- und IT-Infrastrukturprojekt „eAkte“ - mit notwendigen und modernen Arbeitsmitteln ausgestattet werden, ist die Sicherheit und Stabilität der städtischen IT-Infrastruktur eine wichtige Zukunftsaufgabe.

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

- 1) wie im Rahmen der notwendigen Fortführung dieses zukunftsweisenden Projekts eAkte (vgl. aktueller Projektnewsletter eAkte aus Juni 2015) sichergestellt wird, dass - vor allem benötigte sensible Daten (z. B. Sozial- und Steuerdaten) bei der elektronischen Aktenführung im produktiven Einsatz vor Angriffen aus dem Internet oder unrechtmäßigen Zugriffen aus dem städtischen Netzwerk bzw. Dritter geschützt werden;
- 2a) wie zukunftsicher und technisch stabil das Ratsinformationssystem der Landeshauptstadt Wiesbaden („WinKoSi/PIWI“) ist und welche weiteren Maßnahmen zur Modernisierung von WinKoSi/PIWI (vgl. bestehende Beschlusslage zur SV 14-20-V-0004 - Modernisierung des Ratsinformationssystems) bereits ergriffen worden und im Rahmen der o. g. Sicherheitsproblematik darüber hinaus geplant sind;
- 2b) wie sichergestellt wird, dass - vor allem sensible und nicht-öffentliche - Daten der Wiesbadener Politik in WinKoSi und PIWI vor unberechtigten Angriffen aus dem Internet oder unrechtmäßigem Zugriff aus dem städtischen Netzwerk bzw. Dritter geschützt werden.

5. 15-F-33-0060

Aktueller Sachstand „Soziale Stadtplus-Schelmengraben“
- Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 25.06.2015 -

Im Jahr 2012 wurde der Schelmengraben in das Bund-Länder-Programm Soziale Stadt aufgenommen, nachdem der Antrag zur Aufnahme erstmalig im Jahr 2009 gestellt wurde. Eine Aufnahme in das Programm erfolgte zum damaligen Zeitpunkt jedoch nicht. In der Zwischenzeit hatte die damalige Bundesregierung die Mittel um mehr als 70 Prozent von 95 Millionen auf 28,5 Millionen Euro gekürzt. Die jetzige Bundesregierung (Große Koalition) hat im letzten Jahr die Kürzungen im Bereich der Städtebauförderung wieder zurückgenommen und das Programm mit Mitteln in Höhe von 150 Millionen Euro ausgestattet.

Aufgrund dessen erhielt der Programmstandort Schelmengraben 2014 einen Förderbescheid in Höhe von 4,5 Millionen Euro, die für städtebauliche Maßnahmen sowie zur Finanzierung des Stadtteilmanagements sukzessive bis 2020 verausgabt werden können. Neben den städtebaulichen Projekten des Programms Soziale Stadt, liegen - sozusagen als „Plus“ - die Zielsetzungen und Handlungsschwerpunkte im Bereich der Gemeinwesenarbeit, d. h. konkret der Verbesserung der Erwerbsbeteiligung, der sozialen und Bildungsteilhabe sowie der Imageverbesserung des Stadtteils.

Die Verantwortung für das Programm „Soziale Stadtplus -Schelmengraben“ liegt beim Amt für soziale Arbeit. Als zentrale Koordinierungsstelle im Stadtteil fungiert das Stadtteilmanagement, betrieben durch die Bauhaus Werkstätten Wiesbaden.

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

- 1) welche Bilanz er nach der knapp zweijährigen Laufzeit des Programms „Soziale Stadt *plus* Schelmengraben“ zieht;
- 2) wie er die Zusammenarbeit mit der GWH Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft mbH Hessen bewertet;
- 3) inwieweit die weitere Teilfinanzierung durch Bund und Land gesichert ist; und
- 4) welche weiteren Aktivitäten sowohl im städtebaulichen Bereich (investive Projekte) wie auch im Bereich der Gemeinwesenarbeit (nicht-investive Projekte) geplant sind.

6. 15-F-03-0083

Flächenentwicklung Kastel-Ostfeld und Kalkofen
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/die Grünen vom 08.07.2015 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. die Sitzungsvorlage 15-V-70-0002 Entwicklungs- und Finanzierungskonzept Steinbruch Kastel-Ostfeld (Dyckerhoffbruch) zurückzuziehen.
2. die Entwicklung der Flächen, die aufgrund des Beschlusses Nr. 0294 der Stadtverordnetenversammlung zur Vorlage 14-V-80-2315 (Ankauf von Grundstücken) im Jahr 2014 durch die Landeshauptstadt Wiesbaden (LHW) und die Entsorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden (ELW) von der Firma Dyckerhoff GmbH erworben wurden bzw. in diesem Bereich bereits in städtischem Besitz sind oder noch zugekauft werden sollen, im Rahmen des Prozesses zum Wiesbadener Stadtentwicklungskonzept Wisek unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger zu diskutieren.

Dieses Flächenpaket beinhaltet:

- Flächen östlich der Deponie, die sich bereits im Besitz der ELW oder der LHW befinden
- Flächen östlich der Deponie, die ggf. noch durch die ELW oder die LHW erworben werden sollen
- Flächen, die durch die LHW im Bereich Kalkofen erworben wurden

Zu berücksichtigen ist dabei der bereits bestehende Planungsstatus für das Gebiet „Recyclinganlage Dyckerhoffbruch“ und für das zur Deponieerweiterung vorgesehene „Sondergebiet Recycling“.

3. die Entwicklungsplanung für das gesamte Flächenpaket durch die für Stadtplanung zuständige Fachverwaltung erstellen zu lassen und die Bürgerinnen und Bürger an den einzelnen Planungsvorhaben zu beteiligen.

4. sämtliche Planungs- und Entwicklungsvorlagen, die sich auf dieses Flächenpaket beziehen, den zuständigen Fachausschüssen der Stadtverordnetenversammlung rechtzeitig zur Beratung vorzulegen.
5. für das Flächenpaket eine Entwicklungsplanung vorzulegen, die insbesondere die unten genannten Aspekte einer ressourcenschonenden und ökologisch nachhaltigen Stadtentwicklung berücksichtigt:
 - sparsamer Umgang mit der Ressource Boden
 - sparsamer Umgang mit der Ressource Wasser
 - Sicherung der klimaökologischen Funktionen
 - Vermeidung von zusätzlichen Schadstoffemissionen in Luft, Boden und Wasser
 - Erhalt und Aufwertung von Biotopen und Biotopvernetzungsstrukturen
 - Erhalt und Entwicklung der Erholungslandschaft
 - Vermeidung von Zersiedlung und Landschaftszerschneidung durch neue Verkehrswege

7. 15-F-07-0003

Gestaltung Faulbrunnenplatz

- Antrag der Fraktion Bürgerliste Wiesbaden vom 08.07.2015 -

Der Faulbrunnen hat seinen Namen, der sich offenbar auf den Geschmack bezieht, eigentlich nicht verdient. Einem nachgereichten Histörchen zufolge verdankt er ihn den „faulen Weibern“, die, wenn sie Wasser holten oder zum Bleichen kamen, hier ihre Zeit verschwatzten. Auf die Gegenwart bezogen ist nur noch das Verschwatzen vorhanden, leider an einer anderen Stelle in der Stadt, in der Stadtplanung. Seit kurzem wissen wir, dass auch die letzten Planungen einer missratenen Platzgestaltung am Faulbrunnenplatz passé sind. Für viele Jahre wurde der Platz von unverantwortlichen Leuten und Trinkern belagert, manche hatten dort ihr Domizil aufgeschlagen und auch Drogensüchtige gehörten in diesen Reigen. Das Problem mit dem Faulbrunnenplatz geht aber nicht durch Verschweigen weg.

Nachdem alle Vorstellungen wenig erbaulicher Ideen verfliegen sind, sollte der Faulbrunnen wieder zu Ehren kommen, und dazu braucht man einen Brunnenpavillon mit ansehnlicher Brunnenfassung. Man könnte ihn in Charlotte Amalia Quelle umbenennen, denn diese nassauische Fürstin hatte sich intensiv um die Herrichtung des Brunnens gekümmert. Der Platz muss selbstverständlich eine grüne Rahmung bekommen, die gleich einer Platzoase sich deutlich von der Umgebung abhebt und zum Verweilen, zum Verschwatzen einlädt. Die Planung, Gestaltung und Umsetzung ist nach unserer Meinung mit den Angestellten städtischer Ämter hervorragend zu lösen.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Den Faulbrunnenplatz in eigener Regie neu zu gestalten.
2. Das Grünflächenamt und das Stadtplanungsamt werden beauftragt, einen Entwurf vorzulegen
 - a) mit einem grünen Raumteiler, der eine optische und akustische Trennung hin zur Schwalbacher Straße bewirkt,
 - b) eine begrünte Platzgestaltung mit hoher Aufenthaltsqualität, wie z. B. die Grünfläche am Schlossplatz zwischen Landtag und Kindergarten,

- c) mit einem Brunnenpavillon, der in seinem Aussehen der Epoche der Gründerzeit entspricht.
3. Dass der Magistrat bis zur nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 1. Oktober 2015 eine Kostenplanung vorlegt.

8. 15-F-08-0041

Aussetzung von Sanktionen gegen Leistungsberechtigte nach SGB II
- Antrag der Fraktion Linke&Piraten vom 08.07.2015 -

Sanktionen gegen Leistungsberechtigte nach SGB II mit Kürzungen um 30 bis 100 Prozent sind nach Überzeugung des Sozialgerichts Gotha verfassungswidrig. Das Sozialstaatsprinzip verpflichte den Staat zur Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums. Bei einer Kürzung der Regelleistung um 30 oder gar 60 Prozent und erst recht bei einer kompletten Streichung sei das soziokulturelle Existenzminimum der Arbeitslosen nicht mehr gewährleistet. Durch unzureichende Mittel für die Ernährung sei auch das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit bedroht, so das Sozialgericht Gotha weiter.

Mit Beschluss vom 26.05.2015 legte das Sozialgericht eine Klage dem Bundesverfassungsgericht zur Prüfung vor (Az.: S 15 AS 5157/14).

Die Stadtverordnetenversammlung wolle deshalb beschließen:

Anlässlich der Überprüfung von Sanktionen bei SGB II-Leistungen durch das Bundesverfassungsgericht fordert die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden den Magistrat auf, keine Sanktionen, die Leistungskürzungen beinhalten, bis zur Entscheidung des BVerfG zu verhängen.

9. 15-F-05-0013

Schulen schneller sanieren!
- Antrag der FDP-Fraktion vom 08.07.2015 -

Die Berichte der Kämmerei zum Investitionscontrolling zeigen, dass die Finanzmittel von dem Schul- und Kulturdezernat nur schleppend verausgabt werden. Außerdem konnten die geplanten Einnahmen von dem Dezernat bisher nicht realisiert werden. Im Hinblick auf den dringenden und umfangreichen Sanierungsbedarf an Wiesbadener Schulen möge die Stadtverordnetenversammlung daher beschließen:

1. Der Magistrat wird aufgefordert, die für den Schulbau verfügbaren Mittel schneller umzusetzen. Hierfür hat er geeignete Steuerungsmaßnahmen zu ergreifen bzw. der Stadtverordnetenversammlung vorzuschlagen. Als Anregung mag das sog. Beschleunigungsprogramm dienen, welches im Jahr 2006 aufgelegt und Ende 2009 mit Erfolg abgeschlossen wurde.
2. Der Magistrat wird aufgefordert zu berichten, warum die geplanten Einnahmen von dem Schul- und Kulturdezernat nicht einmal teilweise realisiert werden konnten und wie er diesbezüglich Abhilfe zu schaffen gedenkt.

3. Im Hinblick auf die anstehenden Haushaltsberatungen wird der Magistrat schließlich aufgefordert zu berichten, in welcher Höhe dem Schulbaubudget Mittel zur Verfügung stehen müssten, um die sogenannte Prioritäten-/ Schulbauliste in den nächsten Jahren nennenswert abarbeiten zu können.

10. 15-F-03-0085

Schriftliche Anfrage Nr. 328/2015 der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 19.05.2015 nach § 45 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung betr. „Sanierung Walkmühle/Vermietung kulturell genutzter Flächen“

ANLAGE

11. 15-F-03-0084

Erhalt des Giebels und Kreuzgewölbes des Kunst- und Kulturzentrums Schlachthof
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 08.07.2015 -

Der Abriss der historisch geprägten Schlachthofhalle steht kurz bevor. Im Rahmen der Jugendbeteiligungs-Workshops wurde gewünscht, dass das Kreuzgewölbe des 60/40 und einer Giebelwand der Schlachthofhalle als Erinnerung erhalten bleiben. Ordnungsdezernent Dr. Franz (CDU) folgte diesen Wünschen im Rahmen der Planung des neuen Kulturparks mit der Idee einer integrierten Kletterwand in einer erhaltenen Giebelwand. Gegen das Votum des Beteiligungsworkshops sollen die Gebäudeteile aufgrund fehlender Finanzierungsmöglichkeiten für die Mehrkosten im Abrissprozess nun nicht mehr erhalten werden.

Der Erhalt der Giebelwand der alten Halle einerseits und der des Kreuzgewölbes der alten Kneipe 60/40 andererseits werden jeweils mit 200.000 € Mehrkosten geschätzt. Beide Gebäudeteile sind statisch nicht miteinander verbunden, so dass der Erhalt der beiden Bauwerke getrennt voneinander betrachtet werden kann. Für die Schätzungen sind bis jetzt keine Alternativen bekannt, es bleibt bei lediglich einem Angebot. Finanzierungsmöglichkeiten wie zum Beispiel die Übertragung der Bauherrenschaft an die Betreiber des KuK Schlachthof, das vorsteuerabzugsberechtigt ist, oder Sponsoring und Crowdfunding wurden nicht berücksichtigt, obwohl sie eine reale Möglichkeit darstellen. Ebenso besteht die Kompromisslösung eines Abrisses der Halle und anschließendem Wiederaufbau der Giebelwand, was eine wesentlich günstigere Variante gegenüber einem kontrollierten Abriss bei Erhalt der Giebelwand und des Kreuzgewölbes darstellen würde.

Das Kreuzgewölbe als Stück der Baugeschichte und die Giebelwand als Monument der Stadtgeschichte tragen nicht nur zur Erinnerung eines einzigartigen Kulturprojekts bei, sondern sind auch Teil der Wiesbadener Stadtgeschichte. Die Möglichkeit eines Erhalts muss genau geprüft werden, was bisher nicht geschehen ist.

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

- I. den Abrissprozess zu unterbrechen, bis die unten genannten Angebote eingeholt und die Möglichkeiten zur Finanzierung eines Erhalts vollständig geprüft sind.

- II. die Finanzierungsmöglichkeiten des Erhalts von Giebelwand, Kreuzgewölbe und den statisch notwendigen Seitenteilen der alten Halle auf dem Kulturparkgelände intensiv zu prüfen. Hierbei ist auch die Möglichkeit der Finanzierung durch Sponsoren zu berücksichtigen.
- III. alternative Angebote für den kontrollierten Abriss bei Erhalt der jeweiligen Gebäudeteile einzuholen.
- IV. Angebote für den kompletten Abriss und Wiederaufbau der betreffenden Gebäudeteile einzuholen.
- V. zeitnah über die Ergebnisse der Prüfung weiterer Angebote und Möglichkeiten für den Abriss im Ausschuss für Schule und Kultur zu berichten.

12. 15-V-04-0005

DL 29/15-5, 26/15-2

Gemeinsamer Nahverkehrsplan der Landeshauptstadt Wiesbaden und des Rheingau-Taunus-Kreises

13. 15-V-20-0022

DL 22/15-2

Investitionscontrolling 1. Quartal 2015

Für den Inhalt der Anträge einschließlich der Rechtschreibung zeichnen die Antrag stellenden Fraktionen verantwortlich.

Tagesordnung II

1. 13-F-33-0063

Freies WLAN in Wiesbaden
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und SPD vom 25.06.2013 -

ANLAGE

2. 14-V-04-0016

DL 29/15-1, 26/15-1

Stationsentwicklungsplanung Ländchesbahn

3. 14-V-51-0059 **DL 22/15-1**

Änderung der Förderrichtlinien zur Förderung von Maßnahmen ehrenamtlich organisierter Jugendorganisationen in Wiesbaden und der Förderrichtlinie für die Gewährung von Individualbeihilfe

4. 14-V-63-0019 **DL 32/15-1, 30/15-1**

Kastel, Wiesbadener Straße 74 - 76, Marie-Juchacz-Straße 29 + 31, Bauvoranfrage Neubau von 5 Mehrfamilienwohnhäusern mit Tiefgarage

ANLAGE

5. 15-A-02-0005

Angemessenheitsbericht

ANLAGE

6. 15-F-33-0012

Asylbewerber in Wiesbaden
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und SPD vom 04.02.2015

ANLAGE

7. 15-F-33-0041

Briefwahl auch bei Ausländerbeiratswahlen
- gem. Antrag von CDU und SPD vom 04.05.2015 -

ANLAGE

8. 15-V-01-0006 **DL 27/15-1, 25/15-1**

Bericht zum Projekt Walkmühle

9. 15-V-01-0007 **DL 27/15-2**

WLAN für Bürgerinnen und Bürger

10. 15-V-01-0011 DL 30/15-2, 27/15-3
Zukünftige Ausrichtung der Revision
ANLAGE
11. 15-V-01-0012 DL 29/15-2, 25/15-2
Entwicklung der Liegenschaft Frankfurter Straße, ehem. American Arms Hotel, durch die SEG
12. 15-V-02-0001 DL 30/15-4, 27/15-4
Soziale Stadt Biebrich-SüdOst, Industriegrenze, Salzstraße/ Am Rheinbahnhof
13. 15-V-02-0002 DL 29/15-3, 25/15-3
Kommunale Zuschussförderung im Wohnungsbau, Bierstadter Höhe
14. 15-V-04-0003 DL 29/15-4, 25/15-4
"Soziale Stadt Biebrich-SüdOst", Neugestaltung Rheinufer Abschnitt-Ost, Vorfinanzierung
Abschnitte Mitte + Ost
ANLAGE
15. 15-V-04-0004 DL 23/15-1
Halbjahresbericht zum Projekt "ÖPNV 2017"
16. 15-V-04-0007 DL 32/15-2, 30/15-5
Angebotsmaßnahme der Buslinie 8 im Komponistenviertel
17. 15-V-05-0003 DL 23/15-2
Teilfortschreibung Schulentwicklungsplan 2014, Erlass des Hessischen Kultusministeriums vom
08.05.2015

18. 15-V-05-0004 + 11-F-33-0012

Sonderausschuss "Namen von öffentlichen Einrichtungen"

ANLAGE

19. 15-V-11-2002

DL 30/15-6, 27/15-5

Maßnahmen auf der Basis der Ergebnisse der Mitarbeitendenbefragung sowie Stand der Umsetzung der Empfehlungen aus dem Gutachten von Herrn Prof. Badura

ANLAGE

20. 15-V-20-0024

DL 24/15-1

Gesamtabschluss der Landeshauptstadt Wiesbaden zum 31.12.2013

21. 15-V-31-0003

DL 35/15-1, 33/15-1

Umzug der Stadtpolizei in die Innenstadt

ANLAGE

22. 15-V-36-0005

DL 35/15-2, 23/15-3

Endbericht Quartierskonzept Alt-Biebrich

23. 15-V-36-0008

DL 23/15-4

Projekt Bachabtrennung - hier: Spülleitung Wellritzbach

24. 15-V-37-0003

DL 32/15-4, 30/15-8

Neubau einer Feuer- und Rettungswache Igstadt

25. 15-V-37-0004

DL 30/15-9, 27/15-8

Ausgleichszahlungen für geleistete Mehrarbeit bei 37

26. **15-V-40-0027** **DL 29/15-6, 25/15-7**
Schulze-Delitzsch-Schule - Schaffung von vier Klassenräumen im E-Gebäude
27. **15-V-40-0028** **DL 22/15-3**
Jahresrechnung 2014; Werner-von-Siemens-Schule Mehrkosten Generalsanierung
28. **15-V-40-0032** **DL 23/15-5**
Grundschule Bierstadt; Containerstellung für Bedarfe aus Veränderung der Zügigkeit
29. **15-V-50-0001** **DL 22/15-4**
Städtisches Programm für Ausbildung, Qualifizierung und Beschäftigung - Teil III dauerhafte Maßnahmen
30. **15-V-51-0025** **DL 22/15-5**
Geschäftsbericht Bezirkssozialarbeit Wiesbaden 2013
31. **15-V-51-0028** **DL 29/15-7, 25/15-8**
Abbau der Fehlsubventionierung im Wohnungswesen, Wiedereinführung "Fehlbelegungsabgabe" LH Wiesbaden
32. **15-V-51-0030** **DL 29/15-8, 25/15-9**
Realisierung des Standortes Nord der Sozialen Dienste - Schwalbacher Straße 26-28
33. **15-V-51-0034** **DL 30/15-10, 27/15-9**
Geschäftsbericht der Schulsozialarbeit Wiesbaden für das Jahr 2014
34. **15-V-51-0035** **DL 30/15-11, 27/15-10**
Wiesbadener Geschäfts- und Eingliederungsbericht SGB II - Jahresbericht 2014

35. 15-V-53-0307 **DL 30/15-12, 27/15-11**

Schulärztliche Untersuchungen für schulpflichtige Kinder aus Flüchtlingsfamilien oder unbegleitete minderjährige Flüchtlinge

36. 15-V-66-0212 **DL 32/15-5, 30/15-15**

Eleonorenstraße Mainz-Kastel - Einrichtung einer Fahrradstraße, 2. BA

ANLAGE

37. 15-V-80-8008 **DL 23/15-6**

Kofinanzierung Projekt QuABB - Qualifizierte Ausbildungsbegleitung in Betrieb und Berufsschule

ANLAGE

38. 15-V-81-0001 **DL 27/15-12, 25/15-10**

Jahresabschluss 2014 des Eigenbetriebes Wasserversorgungsbetriebe (WLW)

39. 15-V-81-0002 **DL 27/15-13, 25/15-11**

Wirtschaftsplan 2016/17 und Mittelfristplanungen 2018 -2020 der Wasserversorgungsbetriebe (WLW)

40. 15-V-86-0003 **DL 29/15-15, 25/15-13**

Henkell-Kunsteisbahn; Einsatz mobile Eisbahn

Tagesordnung III

1. 15-A-02-0006

Änderung der §§ 21 und 48 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden

ANLAGE

2. 15-A-02-0007

Änderung der §§ 4, 6, 9 und 11 der Ordnung für das Jugendparlament der Landeshauptstadt Wiesbaden

ANLAGE

3. 15-V-01-4006

DL 30/15-3

Einführung der Briefwahl für die Wahl des Ausländerbeirats, Änderung der Hauptsatzung

4. 15-V-01-4007

DL 31/15-1

Nachfolgebesetzungen in Gremien

ANLAGE

5. 15-V-30-0003

DL 27/15-6, 25/15-5

Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk Wiesbaden VI (Wiesbaden- Schierstein)

6. 15-V-30-0005

DL 27/15-7, 25/15-6

Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk Wiesbaden V (Wiesbaden-Erbenheim)

7. 15-V-30-0006

DL 32/15-3, 30/15-7

Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk Wiesbaden II (Wiesbaden-Biebrich)

8. 15-V-61-0002

DL 29/15-9, 26/15-3

Flächennutzungsplanänderung für den Planbereich "Östlich der Kurt-Hebach-Straße" im Ortsbezirk Mainz-Kastel - Änderungs- und Entwurfsbeschluss -

9. 15-V-61-0005 DL 29/15-10, 26/15-4

Bebauungsplan "Östlich der Kurt-Hebach-Straße" im Ortsbezirk Mainz-Kastel - Entwurfsbeschluss -

10. 15-V-61-0012 DL 35/15-7, 30/15-13 , 28/15-1

Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Quartier Kureck" im Ortsbezirk Nordost - Aufstellungs- und Entwurfsbeschluss -

11. 15-V-61-0017 DL 35/15-8, 30/15-14 , 28/15-2

Bebauungsplan "Östlich des Landeshauses" im Ortsbezirk Südost - Aufstellungs- und Entwurfsbeschluss -

12. 15-V-61-0018 DL 35/15-9, 29/15-11 , 26/15-5

Wohngebiet "Lange Seegewann" im Ortsbezirk Delkenheim - Beschluss über den städtebaulichen Rahmenplan nach § 1 Abs. 6 Nr. 11 BauGB -

13. 15-V-61-0019 DL 29/15-12, 26/15-6

Bebauungsplan "Lange Seegewann" im Ortsbezirk Delkenheim - Aufstellungsbeschluss-

14. 15-V-61-0021 DL 35/15-10, 29/15-13 , 26/15-7

Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Seniorenwohnen an der Erlenstraße" im Ortsbezirk Breckenheim - Satzungsbeschluss -

15. 15-V-81-0003 DL 29/15-14, 25/15-12

Anpassung der Wasserversorgungssatzung in § 15 (3), Städtisches Cash Pooling: Beitritt der WLW

Zu den nachfolgenden Punkten finden Sondersitzungen der Fachausschüsse statt:

16. 15-V-40-0022 DL 35/15-3, 31/15-3

Albert-Schweitzer-Schule - Bereitstellung weiterer Planungsmittel

17. **15-V-40-0029** **DL 35/15-4, 31/15-4**
Freiherr-vom-Stein-Schule - Neubau der Schule am Standort Ludwig-Beck-Straße
18. **15-V-40-0030** **DL 35/15-5, 31/15-5**
Comeniuschule - Instandsetzung der Turnhalle
19. **15-V-41-0003** **DL 35/15-6, 31/15-6**
Nutzung des Marktkellers für stadtgeschichtliche Ausstellungen (" Ort der Stadtgeschichte")

Tagesordnung IV

1. **15-V-02-0004** **DL 22/15-1 NÖ**
Bildung einer Rückstellung im Jahresabschluss
2. **15-V-06-0004** **DL 30/15-1 NÖ, 27/15-1 NÖ**
Ablösung Zinssicherungsgeschäft
3. **15-V-20-0025** **DL 22/15-2 NÖ**
Berichterstattung zur Nassauischen Sparkasse 2014
4. **15-V-20-0026** **DL 25/15-1 NÖ, 23/15-1 NÖ**
Berichterstattung der städtischen Beteiligungsunternehmen für das 1. Quartal 2015
5. **15-V-20-0028** **DL 32/15-1 NÖ, 30/15-2 NÖ**
Bürgschaft

6. **15-V-20-0031** **DL 32/15-2 NÖ, 30/15-3 NÖ**
Bürgschaft
7. **15-V-36-0011** **DL 23/15-2 NÖ**
Niederschrift über die nicht öffentliche Sitzung des Naturschutzbeirates beim Magistrat der
Landeshauptstadt Wiesbaden vom 26.03.2015
8. **15-V-36-0014** **DL 27/15-2 NÖ, 25/15-2 NÖ**
Niederschrift über die nicht öffentliche Sitzung des Naturschutzbeirates beim Magistrat der
Landeshauptstadt Wiesbaden vom 28.05.2015
ANLAGE
9. **15-V-66-0502** **DL 32/15-3 NÖ, 30/15-4 NÖ**
Öffentlich-rechtlicher Vertrag im Umlegungsverfahren 91 "Östlich der Anna-Birle-Straße" in
Mainz-Kastel
10. **15-V-66-0504** **DL 32/15-4 NÖ, 30/15-5 NÖ**
Umlegungsverfahren 91 "Östlich der Anna-Birle-Straße" in Mainz-Kastel; Beendigung des
Widerspruchsverfahrens gegen den Teilumlegungsplan 3 durch Vorwegnahmeentscheidung
11. **15-V-80-2312** **DL 29/15-1 NÖ, 25/15-3 NÖ**
Wohnbauflächenentwicklung Hainweg - Entwicklungskosten I
12. **15-V-80-2315** **DL 35/15-2 NÖ, 34/15-2 NÖ**
Verkauf eines Grundstücks in Wiesbaden
13. **15-V-80-2321** **DL 27/15-3 NÖ, 25/15-4 NÖ**
Verzeichnis der vom 01. Januar 2015 bis 31. März 2015 genehmigten Grundstücksvorlagen

14. 15-V-82-0006

DL 32/15-5 NÖ, 30/15-6 NÖ

Finanzierung Neubau Rhein Main Hallen - Aktualisierung und Zwischenfinanzierung

Zu dem nachfolgenden Punkt findet eine Sondersitzung des Fachausschusses statt:

15. 15-V-70-0002

DL 35/15-1 NÖ, 34/15-1 NÖ

Entwicklungs- und Finanzierungskonzept Steinbruch Kastel- Ostfeld (Dyckerhoffbruch)

ANLAGE

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt die Stadtverordnetenversammlung nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Nickel
Stadtverordnetenvorsteher